



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 2900 OLDENBURG POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . MITARBEITER: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) . RALF JUNKERMANN . DIETER KNUTZ . JAN KOCHANOWSKI . KARDIN WOLF . (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT)

5.DEZ. **38/74**

Höchstzahlen für SS 75

Wie nicht anders zu erwarten, hat das Wissenschaftsministerium trotz eines Beschlusses des Senats, keine Höchstzahlen festzusetzen, sondern nur Richtwerte anzugeben, in einer Verordnung vom 28.Nov. (Nds.GVBl.74, 595 ff) die Höchstzahlen der Studienanfänger für das Sommersemester 1975 bestimmt.

| | |
|---------------------------|----|
| Diplomstudiengänge: | |
| Erziehungswissenschaft | 50 |
| Raumplanung | 20 |
| Sozialwissenschaften | 45 |
| Wirtschaftswissenschaften | 25 |

Darüber hinaus sind bei der ZVS für Chemie und Biologie für die Universität Oldenburg je 20 Plätze angemeldet worden.

Im Lehramtsbereich werden folgende Bewerberzahlen durch die genannte Verordnung festgesetzt:

| | |
|---------------------------------|----|
| Arbeitslehre | 50 |
| Bildende Kunst | 30 |
| Biologie | 40 |
| Chemie | 20 |
| Deutsch | 70 |
| Englisch | 50 |
| Evangelische Theologie | 15 |
| Geographie | 20 |
| Handelslehramt | 30 |
| Mathematik | 70 |
| Musik u. auditive Kommunikation | 15 |
| Physik | 30 |
| Russisch | 10 |
| Sonderpädagogik | 30 |
| Sozialwissenschaften | 90 |
| Sport | 40 |

Für Studenten höherer Semester gilt, daß bei den genannten Studiengängen so

viele Bewerber aufgenommen werden können, wie Studenten die Universität verlassen. Eine Ausnahme ist beim Studium der Dipl.-Pädagogik zu beachten: Hier werden 30 Studierende aufgenommen werden können.

Daraus folgt, daß für die Studiengänge Dipl.-Physik

Dipl.-Mathematik die Zahl der aufzunehmenden Bewerber nicht beschränkt ist.

Das Zulassungsverfahren wird - mit Ausnahme der Studiengänge Dipl.-Chemie und Dipl.-Biologie - an der Universität selbst durchgeführt. Bewerbungen müssen bis zum 15. Januar 1975 beim Immatrikulationsamt eingegangen sein. Das Immatrikulationsamt wird in den nächsten Tagen auf Anforderung Informationsmaterial verschicken. Die Bewerbungsfrist gilt auch für Studienbewerber in nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen.

Studienbewerber für Dipl.-Biologie/-Chemie müssen sich gleichfalls bis zum 15. Januar 1975 bei der ZVS in Dortmund beworben haben. Informationsmaterial ist anzufordern bei:

ZVS - Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, 4600 Dortmund, Sonnenstraße 171.

Verteilung der Arbeitszeit

Der Personalrat hat den Text des am 25.9.1974 verabschiedeten Beschlusses der Personalversammlung (Verteilung der Arbeitszeitverkürzung auf alle Wochentage dem Nds. Innenminister vorgelegt. Dieser hat wie folgt geantwortet: "Ich darf die Bediensteten der Universität Oldenburg darüber unterrichten, daß der Beschluß des Landesministeriums über die Arbeitszeit in der niedersächsischen Landesverwaltung vom 30.11.73 (Nds.MBl. S. 1614), in dem unter Ziff.1 Satz 3 die gleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die Tage von Montags bis Freitags geregelt ist, gem.§82 Abs.2 Satz3 des Nds.Personalvertretungsgesetzes unter Beteiligung der Stufenvertretungen ergangen ist.

Ich beabsichtige z.Z. nicht, dem Landesministerium eine Änderung des genannten Beschlusses oder der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten vom 23.Sept. 1974 (Nds.GVBl. S. 425) vorzuschlagen."

DEMONSTRATION

Der AstA der Carl-von-Ossietsky-Universität und die Konferenz Niedersächsischer Studenten fordern die Studentenschaft dieser Uni auf, an der zentralen Demonstration am 11.12.74 in Hannover teilzunehmen. Diese Demonstration richtet sich gegen die sich ständig verschärfende soziale und materielle Misere an den Hochschulen. Abfahrt der Busse: Mittwoch, 11.12.74 um 10.45 Uhr vom Haupteingang.

Diskussion um Namensstreit

Die Diskussion um den Konflikt der Namensgebung der Universität Oldenburg ist keineswegs beendet. Neben dem Kongreß der "Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner"(DFG-VK) haben sich auch der Deutsche Schriftstellerverband und der DGB Hamburg für eine "Carl-von-Ossietsky-Universität" ausgesprochen. Der Vorsitzende des DGB-Hamburg, Hans Saalfeld, erklärte zum DGB-Beschluß, eine Ehrung des in Hamburg geborenen Antifaschisten Carl von Ossietzky würde den Friedenswillen der Bundesrepublik deutlich unterstreichen.

In der Erklärung des DFG-VK, in der Carl von Ossietzky wirkte, heißt es wörtlich: "Die DFG-VK solidarisiert sich.... mit den Wissenschaftlern, Studenten und Dienstleistungskräften an der Universität in Oldenburg, die auch weiterhin für den Namen "Carl-von-Ossietsky-Universität" eintreten."

Inzwischen hat sich der Senat auch noch einmal zum Namenskonflikt geäußert. In einer Erklärung wird dem Wissenschaftsminister einmal mehr widersprüchliches Verhalten vorgeworfen. Stein des Anstoßes: Die Namensgebung des Braunschweiger Schulbuchinstituts nach ihrem kürzlich verstorbenen Gründer, Georg Eckart. Diese Namensgebung, die vom Senat grundsätzlich begrüßt wurde, zeigt nach Ansicht des Gremiums, daß die Begründung Grolles bei der Ablehnung, sein Ministerium halte Namensgebungen von Hochschulen und ähnlichen Institutionen für nicht zeitgemäß, lediglich ein Vorwand sei.

Als weiteren Beitrag "im Kampf um die Namensgebung" wird er ASTA in der kommenden Woche zum Thema "Antifaschistischer Widerstand 1933-1945 in Niedersachsen" eine Ausstellung in den Gängen zur AULA zeigen. Ein Teil der Ausstellung ist Carl von Ossietzky gewidmet.

BIS-STELLE

Beim BIS ist die Stelle eines Bibliotheksangestellten (Verg.Gr. VII BAT) Kennz.: BIS 27 in der Ortsausleihe zu besetzen. Voraussetzung:Ausbildung für den mittleren Bibliotheksdienst oder gleichwertige Kenntnisse aufgrund längerer einschlägiger Erfahrungen.Bewerbungen werden bis zum 11.12.74 an den Rektor erbeten.

Kooperationsvertrag mit dem DGB: Opfer antigewerkschaftlicher Stimmungsmache?

Die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen dem DGB und Arbeit und Leben, Niedersachsen einerseits, der Universität andererseits ist buchstäblich im letzten Augenblick abgesagt worden (s. Uni-Info 37/74: HAZ gab den ersten Tip). Beide Vertragspartner hatten dem Vertragsentwurf zuvor in ihren zuständigen Gremien zugestimmt. Das Störfeuer kam von CDU und bürgerlicher Presse. Es erwies sich stark genug, um einen Vertrag - vorerst - zu Fall zu bringen, der ein Novum an einer Hochschule in der Bundesrepublik bedeutet hätte: die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen einem Landesbezirk des DGB und der zugeordneten Bildungsvereinigung Arbeit und Leben mit einer Universität. Ein Vertrag, der die Möglichkeit eröffnen sollte, die Interessen und Probleme der Arbeitnehmer in die Praxis von Lehre, Studium und Forschung ausdrücklich einzubringen und ein Programm konkreter Zusammenarbeit zu entwickeln, ist zunächst einmal durch vordergründige juristische Bedenken blockiert worden.

Dahinter steckt zweifellos mehr. Es ist aber nicht so sehr interessant, wer nun wen und wann angerufen, unter Druck gesetzt oder zurückgepfiffen hat. Wichtiger ist die Frage, warum es, trotz der Tatsache, daß an vielen bundesrepublikanischen Hochschulen vertragliche Beziehungen mit Wirtschaftsverbänden und einzelnen Unternehmen existieren, in diesem Fall nicht zu einem Vertrag kommen soll und warum das gerade jetzt zu einem brisanten Politikum wird. Einen ersten Hinweis geben die Gegner des Vertrages, wenn sie dagegen polemisieren, daß die Universität sich angeblich einer parteiischen Institution - den Gewerkschaften - ausliefere, daß vielleicht künftig, so CDU-Remmers, nur noch DGB-Mitglieder in Oldenburg studieren dürften. Die Absurdität dieser Vorwürfe verweist auf den Zusammenhang mit einer antigewerkschaftlichen Stimmungsmache, die seit Monaten auf vollen Touren läuft. Das Gerede vom sogenannten "Gewerkschaftsstaat", auf den wir angeblich, laut Unternehmerverbänden und führenden Persönlichkeiten der CDU/CSU, zu steuern, geschickt verknüpft mit den Ängsten um die Wirtschaftsstabilität in einer Krisensituation, für die man die gewerkschaftliche Tarifpolitik verantwortlich machen möchte, bildet den Kern dieser Kampagne zur Verunsicherung und Verdummung der Bevölkerung. Die Erfolge derartiger gezielter Meinungsmache, an der sich die Massenmedien in ihrer grossen Mehrheit massiv beteiligen, sind um so gewichtiger, als ihr kaum Widerstand entgegengesetzt wird. Die SPD, verunsichert durch Mißerfolge bei den Wahlen, sucht ihr Heil in einer Anpassung an vermeintliche Tendenzumschwünge in der Einstellung der Bevölkerung zu den zentralen gesellschaftspolitischen Fragen und verzichtet darauf, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auch in der

Krise zu artikulieren.

Aber auch die Gewerkschaften weichen vor dem Angriff auf die Reformpolitik zurück und überlassen dem gesellschaftspolitischen Gegenspieler das Feld, der mit der Vokabel von der angeblichen "Reformmüdigkeit" der Bevölkerung hausieren geht, um gesellschaftspolitisch längst überfällige Reformen zu verzögern oder endgültig zu verhindern. Daß dieses Zurückweichen die Gegner einer konsequenten Reformpolitik nur zu weiteren Vorstößen animieren wird, steht zu vermuten. Die Konsequenz aus einer derartigen gesellschaftspolitischen Konstellation darf für die Gewerkschaften aber nicht sein, nun lediglich nur noch das zu fordern und durchzusetzen, was vermeintlich einer juristischen Nachprüfung vor den Gerichten standhielte. Die Drohung mit der juristischen Anfechtung - wie sie im Falle des Kooperationsvertrages erhoben wird - funktioniert nämlich nur so lange, wie der DGB sich nicht auf die Mobilisierung seiner Mitglieder verläßt, also nicht seine politisch legitime Macht demonstriert - wie das ständig etwa der Bauernverband praktiziert -, um die Interessen der Arbeitnehmer zur Geltung zu bringen. Die Universität ihrerseits hat offensichtlich zu sehr darauf vertraut, daß der Kooperationsvertrag, nachdem er im eigenen Haus unumstritten blieb, auch in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ein Selbstläufer ist. Sie wird jetzt nach Mitteln und Wegen suchen müssen, die Bevölkerung und vor allem die Arbeitnehmer gemeinsam mit dem DGB aufzuklären über die Vorteile, die dieser Vertrag für beide Seiten, für die Ausbildung und für die Belange der Arbeitnehmer, bietet.

Eberhard Schmidt

Betriebsräte und BdWi zum Vertrag

Zur Nichtunterzeichnung des Kooperationsvertrages durch den DGB haben sich die Betriebsräte, die zum Zeitpunkt der geplanten Unterzeichnung in der Universität an einer Schulung teilnahmen und der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) in Stellungnahmen geäußert. Die

Zum Kooperationsvertrag, der am Donnerstag Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem DGB und der Universität war, soll heute eine Sonder-sitzung des Senat stattfinden.

Betriebsräte "bedauern die Nichtunterzeichnung" des Vertrages. Weiter heißt es: "Vereinbarungen und Zusammenarbeit zwischen Industrieverbänden, einzelnen Konzernen und Wirtschaftsverbänden und Universitäten wird als selbstverständlich empfunden... Eine Universität ist aber eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird fast ausschließlich von den Lohnabhängigen finanziert. Es sollte daher selbstverständlich sein, wenn diese Universität auch den Arbeitneh-

mern zur Verfügung steht, ... Wir fordern daher die sofortige Unterzeichnung des Vertrages in der vorliegenden Form." "Mit Beunruhigung" stellt der BdWi in seiner Stellungnahme fest, daß der "lang vorbereitete Kooperationsvertrag..... nicht zur Unterzeichnung kam." Er unterstützt uneingeschränkt die Intentionen des Vertrages und "begrüßt die unmißverständliche Haltung des Rektors und des Kanzlers der Universität, an dem Vertragsentwurf festzuhalten und jederzeit zu einer Vertragsunterzeichnung bereit zu sein; der BdWi begrüßt ebenso die persönlichen Erklärungen der Vertreter des DGB-Landesvorstandes, Drescher und Schulz, ... die Vertragsunterzeichnung nach den juristischen Klärungen vornehmen zu wollen. Der BdWi wird sich entschieden allen arbeitnehmerfeindlichen Angriffen gegen den Vertragsentwurf entgegenstellen;..." jk

RCDS Brett verschwunden

Der Rektor der Universität bittet diejenigen, die das Anschlagbrett des RCDS abmontiert haben, dieses wieder zurückzugeben. In einer Mitteilung an den Rektor hat der RCDS erklärt, er werde Strafantrag wegen Diebstahls und Sachbeschädigung stellen.

Personalien

- PETER-JOACHIM BRUCKNER ist zum Wiss. Rat und Prof., Fb. IV-Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaften-ernannt worden.
- WOLFGANG EBER ist zum Ordentlichen Prof., Fb. IV-Botanik-, ernannt worden.
- MICHAEL HAHN ist zum Wiss. Assistenten Fb. IV-Physikalische Chemie-ernannt worden.
- HARALD GEBHARDT, Ordentl. Professor, Fb. IV, Geowissenschaften-Bodenkunde, ist mit der Verwaltung der o. g. Stelle beauftragt worden.
- JOHANN KAISER ist zum Wiss. Rat und Professor, Fb. III, ernannt worden.
- GERTRUDE KREUTZMANN ist als Wiss. Mitarbeiter für Hochschulentwicklungsplanung eingestellt worden.
- KARL-HEINZ LEIST ist zum Wiss. Rat und Professor, Fb. I-Bewegungslehre-, ernannt worden.
- ALFRED RITZEL ist zum Wiss. Rat und Professor, Fb. II-Auditive Kommunikation-ernannt worden.
- PETER STRITTMATTER, Ordentlicher Prof. Fb. I-Schulpädagogik-ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden und an der Universität des Saarlandes zum Ordentlichen Professor ernannt worden.
- CHRISTIAN WOPP ist als Wiss. Mitarbeiter für Hochschulsport, Fb. I, eingestellt worden.

Termine

- GRUNDORDNUNGS-AUSSCHUSS, Montag, 9.12.74, 20.00 Uhr, D 106
- BETRIEBSGRUPPENVERSAMMLUNG ÖTV, Dienstag, 10.12.74, 15.00 Uhr, G 28
- AUSSCHUSS FÜR ZETWA, 11. Sitzung, Dienstag, 10.12.74, 15.30 Uhr, AVZ 4, Stock
- VOLLVERSAMMLUNG ALLER TUTOREN UND WISS. HILFSKRÄFTEN, 13.12.74, 10.00 Uhr, Kammermusiksaal, TOP: Verträge
- EDV-AUSSCHUSS, 9. Sitzung, 13.12.74, 14.00 Uhr, AVZ 3-203